

III. Allgemeine Erlaubnis

des Regierungspräsidiums Karlsruhe vom 03.11.2005,
AZ: 62-1114.3

für öffentliche Lotterien und Ausspielungen *

-Auszug-

I.

Aufgrund von § 1 und § 3 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrags zum Lotteriewesen in Deutschland (Ausführungsgesetz zum Lotteriestaatsvertrag - AGLottStV -) vom 28. Juli 2005 (GBl. S. 586) wird Organisationen auf Gemeinde-, Stadtkreis- oder Landkreisebene (örtliche Ebene), insbesondere

- Organisationen der freien Wohlfahrtspflege
- Organisationen der Jugendhilfe und Jugendpflege,
- Kirchengemeinden und Religionsgemeinschaften,
- Organisationen von politischen Parteien,
- gewerkschaftlichen Organisationen,
- Sportvereinen,
- Feuerwehren,
- sonstigen rechtsfähigen Vereinen,
- Stiftungen,
- juristischen Personen des öffentlichen Rechts,

die allgemeine Erlaubnis für Veranstaltungen von öffentlichen Lotterien und Ausspielungen auf ihrer örtlichen Ebene im Rahmen ihres festgelegten oder üblichen räumlichen Wirkungskreises erteilt,

1. die sich nicht über das Gebiet eines Stadt- oder Landkreises hinaus erstrecken,
2. deren Spielplan einen Reinertrag von mindestens einem Drittel der Summe der zu entrichteten Entgelte und eine Gewinnsumme von mindestens 25 Prozent der Summe der zu entrichteten Entgelte vorsieht,
3. bei denen die Summe der zu entrichteten Entgelte den Betrag von 40.000 Euro nicht übersteigt und
4. bei denen der Losverkauf oder der Vertriebszeitraum die Dauer von zwei Monaten nicht überschreitet.

II.

1. Der Reinertrag der Veranstaltung ist ausschließlich und unmittelbar für bestimmte gemeinnützige, kirchliche oder mildtätige Zwecke zu verwenden.
2. Mit der Veranstaltung dürfen keine wirtschaftlichen Zwecke verfolgt werden, die über den mit dem Hinweis auf die Bereitstellung von Gewinnen verbundenen Werbeeffect hinausgehen; insbesondere ist im Zusammenhang mit der Veranstaltung keine über die Ausstellung von Sachgewinnen hinausgehende Wirtschaftswerbung zulässig.

III.

Es werden hiermit Ausnahmen von § 7 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 4 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 4, § 7 Abs. 1 Satz 2, § 8 Abs. 1 Satz Nr. 1, § 9 Abs. 1 Satz 3 bis 5, Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 sowie § 11 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 2 des Staatsvertrags zum Lotteriewesen in Deutschland (GBl. S. 274, 582) zugelassen. **Im Übrigen sind die Vorschriften des Staatsvertrags zum Lotteriewesen in Deutschland zu beachten.**

* Die allgemeine Erlaubnis gilt für ganz Baden-Württemberg. Sie tritt mit Ablauf des 31.12.2009 außer Kraft.